

des Erklärenden abhängig ist“. Die Kündigung ohne Kündigungsfrist ist ihm die „einfachste Form“ der Kündigung. Nur sie findet sich im römischen Recht. Die Kündigung, bei der eine Kündigungsfrist vorhanden ist — also die Erklärung, welche wir heute im täglichen Verkehr Kündigung nennen —, wurzelt im deutschen Recht. Immerwahr leitet sie aus dem deutschrechtlichen Beitreibungsverfahren her. Er geht aus von Lex Sal. 52, wonach der Gläubiger, der Zahlung haben wolle, seinen Schuldner rechtsförmlich mahnen und alsdann eine bestimmte Zeit verstreichen lassen müsse. Dieser Formalact habe zur Zeit des reinen Delictsprocesses den Zweck gehabt, den Gegner ins Unrecht zu setzen. Mit dem Aufhören des Delictsprocesses habe sich der strafrechtliche Grundgedanke verwischt, der Rechtssatz aber bestanden, dass aus einem schwebenden Schuldverhältniss erst nach beweisbarer Kündigung und Ablauf einer Kündigungsfrist geklagt werden könne.

Diese Ausführungen des Verfassers sind anregend und beachtenswerth. Völlig überzeugen können sie allerdings nicht. Nach Lex Sal. 52 hat der Gläubiger nach Weigerung des Schuldners, die Sache zurückzugeben (et ei noluerit reddere), einen feierlichen Formalact vorzunehmen, durch welchen das Nichtwollen, das Unrecht des Schuldners nach Ablauf der Frist als constatirt gilt. Diese Frist, welche das Delict des Schuldners feststellen sollte, welche auch beim befristeten Leihevertrag stattfand, hat mit der Kündigungsfrist ihrem innersten Wesen nach m. E. doch recht wenig zu thun. Das Aufhören des Delictsprocesses musste sie, die nur für ihn zugespitzt war, hinwegspülen. Behielt man sie aber bei, so hätte man sie folgerichtig für alle Verträge beibehalten, sie hätte auch ebenso wie in Lex Sal. 52 bei befristeten Leiheverträgen zur Anwendung kommen müssen.

Der Verfasser betrachtet im Einzelnen die geschichtliche Entwicklung der Kündigung beim Darlehn (§ 7), bei der Pfandeinlösung (§ 8), der Rente (§ 9),<sup>f</sup> der Pacht (§ 10), der Miethe (§§ 11, 12), den Bündnisverträgen und dem Waffenstillstand (§ 14). Etwas kurz ist der Abschnitt über den „Austritt aus Verbänden und personenrechtlichen Gemeinschaften“ (§ 13) gerathen. Immerwahr erörtert in ihm auch die Austreibung des Ausmärkers (Lex Sal. 45). Mit der Kündigung hat diese aber nichts zu thun. Es handelt sich hier nicht um die Aufsayung eines Vertragsverhältnisses, sondern um das feierliche Protestiren gegen einen Zustand, der zu einem Vertragsverhältniss führen könnte.

Dr. J. Gierke.

Dr. Otto Wolff, Rechtsanwalt, Das Lübsche Recht in der Stadt Kiel. Ein Beitrag zur Ermittlung der Grenzen zwischen den Geltungsgebieten des Lübschen Rechtes und des Sachsenspiegels. In den Mittheilungen der Ge-

sellschaft für Kieler Stadtgeschichte. XVI. Heft. Kiel 1898, Verlag von Lipsius & Tischer.

Der Verfasser sucht festzustellen, in welchen Theilen des heutigen Kieler Stadtgebietes das Lübsche Recht, mit welchem Kiel im Jahre 1242 bewidmet worden ist, gilt. Um die Bestandtheile des Kieler Stadtgebietes zu finden, geht der Verfasser von einer Interpretation des Bewidmungsprivilegs aus, schildert sodann spätere Erwerbungen Kiels und begrenzt schliesslich das Stadtgebiet nach Maßgabe des Localstatuts vom 16. Februar 1850 (§ 2). In diesem Bezirk, dem Bezirk der ehemaligen städtischen Gerichtsbarkeit, gelte Lübsches Recht, im einstmaligen Gerichtsbezirk des Amtes Kiel dagegen der Sachsenspiegel. Dass auch die neuen Erwerbungen Kiels, welche in dem so festgestellten Stadtgebiet liegen, unter die Herrschaft des Lübschen Rechts gekommen seien, sei dem Grundsatz des Lübschen Rechtes zuzuschreiben, dass es in dem ganzen Stadtgebiet zu gelten habe, sowie dem Umstand, dass der Lübsche Richter in allen Fällen nach seinem Recht zu entscheiden gehabt habe (§ 3). Der Verfasser geht sodann zu einer Aufzählung der Grundstücke und Personen über, die innerhalb Kiels einen privilegierten Gerichtsstand gehabt und bis heute bewahrt haben (§ 4). Schliesslich macht er hinsichtlich der Richtigkeit seiner Ergebnisse einige Stichproben, indem er für etliche Grundstücke, die er dem Lübschen Recht unterstellt hatte, nachweist, dass sie in den städtischen Schuld- und Pfandprotokollen verzeichnet waren und bei Eigentumsübertragungen gemäß Lübschem Recht im Gegensatz zu den dem Sächsischen Recht unterworfenen Grundstücken (hier genügte Tradition und schriftlicher Contract) „verlassen“ worden sind (§ 5).

Die rechtsgeschichtlichen Ausführungen, die in ihren Resultaten mit früheren Forschungen Anderer im Wesentlichen übereinstimmen, sind m. E. zutreffend und im Hinblick auf die gestellte Aufgabe im Allgemeinen erschöpfend. Nur in einer Beziehung hätte der Verfasser wohl etwas gründlicher verfahren können. M. E. mit Recht ist er der Ansicht, dass der oben erwähnte Rechtssatz, dass das Lübsche Recht die der Stadt neu hinzutretenden Gebietstheile ergreift, der modernen Rechtsanschauung fremd ist. Auf eine Untersuchung, von welcher Zeit an dieser Rechtssatz als abgeschafft anzusehen ist, lässt sich jedoch der Verfasser nicht ein. Und doch wäre eine solche von Wichtigkeit gewesen hinsichtlich des Schreventeiches und der durch seine Eindämmung gewonnenen Grundstücke. Der Teich wurde im Jahre 1862 der Stadt Kiel von der Landesherrschaft überlassen. Bis zu dieser Zeit war er stets im Besitz der Landesherrschaft gewesen, bis dahin jedenfalls hat dort der Sachsenspiegel gegolten. Der Verfasser ist nun der Ansicht, dass der Schreventeich auch nach 1862 und noch heute dem Sachsenspiegel unterstehe. Er fährt freilich fort, dass dies „nicht ganz unzweifelhaft“ sei: Könnte nachgewiesen werden, dass die Stadt im Jahre 1862 auch die Jurisdiction über den Teich erhalten habe, und dass der oben erwähnte Lübsche Rechtssatz damals „noch allgemein anerkannt und angewendet“ sei, so könnte der

Teich für Lübsches Recht in Anspruch genommen werden. Zunächst ist nun aber die Uebertragung der Jurisdiction zu vermuthen, wenn einer Stadt mit eigener Jurisdiction ein Gebiet überlassen wurde, sie ist jedoch hinsichtlich der Frage, ob der Teich vom Lübschen Recht „erfasst“ wurde, durchaus nicht essentiell. Denn dass in einem Theil des Stadtgebietes Lübsches Recht gelten konnte, ohne dass der Stadt in Bezug auf ihn die Jurisdiction zukam, beweist die Thatsache, dass es sich von 1242—1318 (in letzterem Jahre erhielt Kiel erst eigne Jurisdiction) mit dem ganzen Stadtgebiet also verhielt. Was aber die Geltung des fraglichen Rechtssatzes anlangt, so muss es doch einigermaßen verwundern, dass der Verfasser ihn im Hinblick auf das gemäß dem Localstatut von 1850 festgestellte Stadtgebiet als Beweis für Lübsches Recht in Anspruch nimmt (die letzte Erwerbung in dem so begrenzten Gebiet geschah freilich wohl im vorigen Jahrhundert), während er nun im Hinblick auf ein im Jahre 1862 der Stadt einverleibtes Gebiet den Nachweis für das Fortbestehen des Rechtssatzes fordert. Sollte innerhalb der Jahre 1850 und 1862 der Umschwung in der Rechtsanschauung eingetreten sein?! Oder seit der letzten Erwerbung vor 1850? Warum nicht erst nach 1862? — Ähnliche Bedenken erheben sich hinsichtlich des im Jahre 1869 Kiel einverleibten Dorfes Brunswieck.

So ist ein vollständiger Beweis, dass in den genannten Gebieten Lübsches Recht nicht gilt, m. E. vom Verfasser nicht erbracht, ein Beweis, der vielleicht geglückt wäre, wenn sich der Verfasser eingehend damit beschäftigt hätte, von welcher Zeit an der erwähnte Rechtssatz als abgeschafft betrachtet werden muss. Auf jeden Fall aber wäre irgend eine Vermuthung in der angeregten Frage durchaus am Platze gewesen.

Die kleine Schrift, zu deren Verständniß eine beigelegte Karte beiträgt, ist abgesehen von ihrer Brauchbarkeit für die Praxis, für die Kieler Stadtgeschichte und auch für die Deutsche Rechtsgeschichte interessant.

Dr. J. Gierke.

---

Johannes Merkel, Heinrich Husanus (1536 bis 1587),  
Herzoglich Sächsischer Rath, Mecklenburgischer Kanzler,  
Lüneburgischer Syndicus. Eine Lebensbeschreibung.  
Göttingen 1898, Lüder Horstmann. 403 S.

Das Leben Heinrich Husanus' ist bereits vor der Mitte dieses Jahrhunderts von dem Archivar Glöckler in den „Jahrbüchern des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Alterthumskunde“, 8. Jahrgang, 1843 S. 60—160 genauer geschildert worden. Allein diese Arbeit fusste nur auf dem Material des Schwerin'schen Staatsarchivs und ist „in Folge ihrer Verborgenheit in einer wenig verbreiteten Zeitschrift“ sogar Stobbe und Stintzing entgangen. Johannes Merkel schenkt der